

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 31/2023 vom 03.08.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Die nächsten Wahlen – beziehungsweise ein Plebiszit über Populismus und Autoritarismus in Polen*
- *Polen richtet eine Beschwerde gegen Deutschland an die Europäische Kommission. Es geht um die Frage von illegalen Abfällen*
- *Frauen sind keine Bürgerinnen im PiS-Staat*
- *Wir enthüllen die wahren „Fünf der Konfederacja“. Was hassen die Kandidaten der extremen Rechten?*
- *Venedig-Kommission zu Lex Tusk: Das Gesetz sollte komplett abgeschafft werden. Es bedroht die Demokratie*
- *Lässt Kaczyński seine Muskeln spielen? Nein, sein Angriff auf Tusk ist ein Zeichen von Schwäche*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Die nächsten Wahlen – beziehungsweise ein Plebiszit über Populismus und Autoritarismus in Polen



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Wojciech Sadurski**

Anders als es den Anschein hat, wird es bei den bevorstehenden Wahlen nicht um Sozialpolitik, Renten und Bildung gehen. Es wird nicht um die Rechte der Frauen oder die Rechte von LGBT-Paaren gehen. Es wird auch nicht um den Platz Polens in Europa oder die Migrationspolitik gehen. Ich meine - es wird um all diese Dinge gehen, aber nur indirekt und in zweiter Linie.

Bei dieser Wahl geht es in erster Linie um das System: den systemischen Rahmen, innerhalb dessen all diese Fragen - und viele andere - nach dem Oktober 2023 debattiert und entschieden werden sollen.

PiS will wie Orban auch eine dritte Legislaturperiode

Genauer gesagt, wird es ein Plebiszit über die Betonierung dieses verdrehten, autoritär-populistischen Systems sein, das die PiS geschaffen hat. Es wird für viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, festgeschrieben. Denn wie wir von der PiS selbst wissen, ist die Arbeit zwar fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen. Was bleibt, sind einige freie kommerzielle Medien, unabhängige und kritische Nichtregierungsorganisationen, widerspenstige lokale Regierungen oder Richter, die der Exekutive nicht gehorchen. All dies liegt noch vor der PiS und braucht daher eine weitere Amtszeit. Und das Modell ist Orbans Ungarn - ein schönes Land, es lohnt sich, hinzufahren und zu sehen, wie es in seiner dritten

Amtszeit in Folge funktioniert. Es ist ein sehr nützliches europäisches Freilichtmuseum des autoritären Populismus.

Wie jedes hybride System - ein bisschen Vogel, ein bisschen Fisch - ist es unbeständig und kann sich in die eine oder andere Richtung entwickeln, die im polnischen Plebiszit durch die Figuren von Jaroslaw Kaczynski und Donald Tusk symbolisiert wird. Um jedoch zu verstehen, was bei dieser Wahl auf dem Spiel steht, muss man das Wesen dieser besonderen systemischen Schöpfung, des autoritären Populismus, verstehen. Zu diesem Zweck lohnt es sich, einen Blick auf die Welt zu werfen, denn Polen ist kein von einem guten Gott ausgewählter Acker für ein solches Unglück, es gibt sie schon in Indien und Ungarn, auf den Philippinen und bis vor Kurzem in Brasilien, in Israel ist es im Entstehen begriffen und in Venezuela unter Chávez war es so, bevor es sich dort in eine Diktatur verwandelte. Trump hat große Töne gespuckt, aber das demokratische System hat er nicht geändert.

Eine Formation, die durch freie und faire Wahlen an die Macht gekommen ist, ist bestrebt, die Unterstützung eines beträchtlichen Teils der Gesellschaft aktiv zu erhalten. Es handelt sich also nicht um einen klassischen Despoten, der hauptsächlich mit Gefängnis und Polizeiknüppel regiert. Die Behörden versuchen, diese Unterstützung nicht nur mit sozialen Wohltaten, die gegen die Grundsätze einer echten Hilfe für die Schwächsten verstoßen, sondern auch mit verschiedenen Verschwörungstheorien (in Polen: der Smolensk-Unsinn), einer Hasskampagne gegen Ausländer (wie auch immer definiert) und der Dämonisierung ihrer politischen Gegner („Feinde der Nation“) aufzubauen.

Alle Macht in einer Hand

Bei all dem ist die populistische Macht darauf angewiesen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie die ganze Nation repräsentiert: ungeteilt und von Grund auf edel, wobei die Konkurrenten um die Macht sich außerhalb dieses Rahmens stellen.

Aber es ist auch ein autoritäres System, weil es die Grundvoraussetzung der Demokratie, nämlich die Aufteilung und das Gleichgewicht der Kräfte, nicht respektiert. In Modis, Orbans oder Kaczynskis System ist alle Macht in einer Hand konzentriert. Dabei spielt es keine Rolle mehr, ob diese Hand einem charismatischen Menschen gehört, der mit außergewöhnlichen intellektuellen und herzlichen Qualitäten ausgestattet ist, oder einem knorrigen, korruptionsanfälligen Soziopathen. Dies ist umso irrelevanter, als die Erfahrung der letzten zwei Jahrhunderte uns davon überzeugt, dass die Konzentration aller Macht in den Händen eines Mannes ein Weg in die Katastrophe ist. Und dass sie dazu führt, dass die institutionellen Sicherungen - insbesondere die Gerichte - ausgeschaltet werden und das Recht als Instrument für politische Zwecke eingesetzt wird.

Die Wahlergebnisse stehen noch nicht fest

Die Aushöhlung der Institutionen ist das Hauptinstrument dieses Systems, und die derzeitigen Exzesse des Verfassungsgerichtes von Frau Przyłębska sind der beste - oder schlimmste, wenn man so will - Ausdruck davon. Alle wesentlichen Eigenschaften des polnischen politischen Systems/PiS sind in dieser fassadenartigen Einrichtung konzentriert: Inkompetenz, Unfähigkeit, Unterwürfigkeit, Faulheit und Schlampigkeit.

Die Aushöhlung der Institutionen erfolgt, weil der populistische Autoritarismus zwei institutionelle Hauptziele verfolgt: die Maximierung der Macht des Führers und der Regierungspartei und die Maximierung der Chancen auf Wiederwahl. Das Wahlkampfgebiet neigt sich daher immer mehr zugunsten des Machtlagers, das sich skrupellos der öffentlichen materiellen und medialen Ressourcen bedient, um seine Wahlchancen zu erhöhen. Die aktuellen Propagandabotschaften, die 24 Stunden am Tag von TVP ausgestrahlt werden, sind ein Beleg dafür.

Aber diese Wahlen werden real sein, kein Schwindel. Und obwohl wir bereits sehen können, wie unfair sie sein werden (die heutigen Kombinationen mit dem Referendum, das die Wahl zugunsten der PiS unterstützt, sind ein weiterer Beweis dafür), ist noch nichts ausgemacht. Entweder kehren wir zu demokratischen Prinzipien zurück (auch wenn es keine einfache Rückkehr zum Zustand von 2015 sein

kann, als der Sieg der Populisten durch demokratische Fehler und Defizite begünstigt wurde) oder wir bauen Budapest in Warschau auf.

Das ist der Einsatz bei dieser Wahl.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30008295,najblizsze-wybory-czyli-plebiscyt-nad-populizmem-i-autorytaryzmem.html>



www.mleczko.pl

DAS IST EINE TOLLE LIST. NUR DIESER EINGANG ...

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Polen richtet eine Beschwerde gegen Deutschland an die Europäische Kommission. Es geht um die Frage von illegalen Abfällen



Quelle: rp.pl

Polen reicht bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde gegen Deutschland wegen illegaler Abfalleinfuhren ein. „Dies ist die erste Phase eines Verfahrens vor dem EuGH“, erklärte Klima- und Umweltministerin Anna Moskwa.

Die Ministerin für Klima und Umwelt, Anna Moskwa, erklärte auf einer Pressekonferenz, dass 2013 die Vorschriften für die Einfuhr und den Erlass von Entscheidungen über die Abfallbewirtschaftung in Polen gelockert worden seien. „Sie wurde so gelockert, dass beschlossen wurde, die Umweltentscheidung fallen zu lassen. Diese Umweltentscheidung wurde bei vielen anderen Investitionen aus nicht nachvollziehbaren Gründen aus den Anforderungen für Deponien gestrichen“, sagte sie.

Anna Moskwa: Die Regierung PO-PSL hat ganz Polen zugemüllt

Anna Moskwa fügte hinzu, dass „die ganze Welt davon erfuhr“. „San Salvador, Deutschland, Italien, Ghana, Venezuela. Aus all diesen Ländern sind Anträge für die Einfuhr von Müll, einschließlich gefährlichem Müll, in Polen eingegangen. Die PO-PSL-Regierung hat ganz Polen zugemüllt“, erklärte sie.

Die Ministerin erklärte, dass „die Regierung PiS der Müllmafia den Kampf angesagt hat“ und dass „alle Vorschriften für die Einfuhr und die Bewirtschaftung von Müll“ verschärft worden seien. „Nach Polen fließt kein Kommunalmüll“, versicherte sie.

„Dieses eigenartige Eldorado unter der Plattform-Regierung ermutigte u.a. unseren westlichen Partner, Abfall nach Polen zu importieren. Die Folge davon sind 35.000 (Tonnen - Anm. d. Red.) illegale Abfälle, die auf 7 Deponien abgelagert werden. Wir haben wiederholt bei unserem deutschen westlichen Nachbarn auf

Landes- und Bundesebene interveniert und die Beseitigung dieser deutschen Abfälle, die illegal auf polnischem Boden abgeladen werden, gefordert“, sagte Anna Moskwa.

„Wir werden eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission einreichen“

Die Ministerin sagte, die Antwort der Bundesregierung sei, dass dies in die Zuständigkeit der Länder falle und die Länder „keine Eile“ hätten, Maßnahmen zu ergreifen. „Uns bleibt keine andere Wahl. Wir gehen den Weg, den jedes europäische Land gehen kann - wir klagen bei der Europäischen Kommission, was die erste Stufe eines Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof ist“, erklärte die Klimaministerin.

„Wir appellieren an unseren deutschen Partner, an die sehr grüne deutsche Regierung, die deutschen Abfälle zu beseitigen. Der polnische Steuerzahler, der Pole, darf nicht für die Beseitigung, für die Bewirtschaftung des deutschen Mülls bezahlen“, schloss sie.

Szynkowski vel Sęk: Deutschland sollte Verantwortung für illegale Abfälle in Polen übernehmen

Der Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union, Szymon Szynkowski vel Sęk, sagte am Mittwoch, es bestehe kein Zweifel daran, dass „die Bundesrepublik Deutschland gegen europäisches Recht verstoßen hat und die Verantwortung für die Abfälle übernehmen sollte, die nach Polen verbracht wurden und hier derzeit illegal abgelagert werden“.

„Sich in dieser Frage hinter der staatlichen Zuständigkeit zu verstecken, ist im Rahmen des internationalen Rechts nicht vertretbar. Es ist nicht möglich, dass sich ein Staat mit dem Hinweis auf seine politische, föderale Gliederung von seinen Verpflichtungen freizusprechen versucht“, schätzte er ein.

Szynkowski vel Sęk sagte, die Verpflichtung aus dem Gesetz von 2006 sei nicht eingehalten worden. „Trotz mehrfacher Aufforderung hat sich die deutsche Seite geweigert, die Verantwortung für diese Angelegenheit zu übernehmen. Daher leiten wir auf der Grundlage von Artikel 259 des Vertrags über die Europäische Union die erste Phase des Verfahrens ein, die darin besteht, als ersten Schritt eine Beschwerde an die Europäische Kommission zu richten“, teilte er mit.

Minister: Es darf keine vergünstigten Tarife geben

Der Minister für EU-Angelegenheiten teilte mit, dass die Europäische Kommission drei Monate Zeit haben wird, um die polnische Beschwerde zu prüfen und eine mit Gründen versehene Stellungnahme abzugeben. „Der nächste Schritt ist die Möglichkeit, eine Klage beim Gerichtshof der Europäischen Union einzureichen“, betonte er.

„Die Verpflichtungen, die sich aus dem europäischen Recht ergeben, gelten für alle gleichermaßen. Bei einem so sensiblen Thema wie dem Umweltschutz - und in Deutschland ist einer der Koalitionspartner immerhin die Partei der Grünen, die sich um die Einhaltung des Umweltrechts kümmern sollte - kann es keine Zugeständnisse geben“, sagte Szynkowski vel Sęk.

Der Minister erklärte, die polnische Regierung wolle die Angelegenheit einvernehmlich lösen, aber „es gibt keinen guten Willen auf deutscher Seite in dieser Frage“.

Der stellvertretende Klima- und Umweltminister Jacek Ozdoba sprach ebenfalls auf der Konferenz. Nach ihren Reden auf der Konferenz unterzeichneten die Minister „symbolisch“ die Beschwerde, über die sie sprachen.

Zsfg.: AP

<https://www.rp.pl/polityka/art38803331-polska-kieruje-do-ke-skarge-na-niemcy-chodzi-o-sprawie-nielegalnych-odpadow>

Frauen sind keine Bürgerinnen im PiS-Staat



Quelle: lodz.pl/

Ein Kommentar von **Katarzyna Skrzydłowska-Kalukin**

Die Frauen in Polen haben das Recht auf sich selbst verloren, nur weil sie schwanger sind oder abgetrieben haben. Dies ist in keinem Gesetzbuch verankert, es ist ein Verlust durch Voreinstellung, gerechtfertigt durch Angst oder die innere Überzeugung anderer, die das Leben und die Freiheit einer Frau in ihre Hände nehmen.

Der Fall von Frau Joanna, die von der Polizei in Bedrängnis gebracht wurde, nachdem sie selbst einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen hatte, ist untypisch für andere schockierende Fälle - obwohl mehr als eine Woche seit dem Bekanntwerden vergangen ist, wird immer noch darüber gesprochen und geschrieben.

Inzwischen deckten die Abgeordneten der Bürgerkoalition Michał Szczerba und Dariusz Joński auf, dass in einem Bürogebäude im Zentrum Warschaws so genannte „geheime Wohnungen und Appartements“ für regierungsnahen Personen eingerichtet worden waren, Präsident Jarosław Kaczyński schloss PO-Chef Donald Tusk aus der Gemeinschaft der Polen aus, und es wurde bekannt, dass der Ehemann von

Ministerin Jadwiga Emilewicz einen Posten im Aufsichtsrat von Orlen Asphalt erhalten hatte. Nach dem Gesetz der Inflation von Skandalen, das in den letzten Jahren in Polen galt, sollten die Demütigungen und Einschüchterungen, die Frau Joanna widerfahren sind, inzwischen zur Ruhe gekommen sein, da die Aufmerksamkeit bereits auf andere Skandale gelenkt werden müsste. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Der Machtmissbrauch gegenüber der Frau hat zwar nicht tausende von Menschen auf die Straße gebracht, aber das Thema kehrt in verschiedenen Formen zurück: Es finden Demonstrationen statt, nur weniger zahlreich, eine parlamentarische Arbeitsgruppe befasst sich mit dem Thema, und Politikerinnen äußern sich weiterhin in den Medien.

Frau-Terroristin

Der Fall von Frau Joanna hat zwei Dinge gezeigt. Der erste ist der ungeschriebene, aber sich tatsächlich ändernde Status einer Frau, die schwanger geworden ist. Im Fall von Frau Joanna reichte die Information, dass sie selbst eine Abtreibung vorgenommen hatte, für die Beamten aus, um sich berechtigt zu fühlen, unbefugt in ihre Privatsphäre und ihre Integrität einzugreifen - ganz allgemein, um einige ihrer Bürgerrechte zu negieren.

Sie agierten so, als ob sie sich über diese Gesetze hinwegsetzen könnten, als ob die Frau eine Terroristin wäre, gegen die bestimmte Grundregeln im Namen der öffentlichen Sicherheit außer Kraft gesetzt werden könnten.

Ein ähnlicher Mechanismus funktionierte bei Ärzten, die die lebensbedrohlichen Schwangerschaften ihrer Patientinnen nicht abbrechen wollten, so dass diese starben. Der Status dieser Patientinnen in den Augen der Ärzte, wie sich durch ihre Handlungen zeigte, änderte sich durch die Schwangerschaft, und ihre Rettung war nicht mehr das Wichtigste. Sie selbst schienen keine vollwertigen Personen oder Bürgerinnen mehr zu sein.

Dies zeigt, dass die Art und Weise, wie der PiS-Staat Abtreibung behandelt, Einfluss darauf hat, wie Politiker, Ärzte und Polizisten schwangere Frauen behandeln. Es ist nicht nur das Urteil des Julia Przyłębska-Gerichts, das legale Abtreibungen nur auf Fälle von Vergewaltigung oder zur Rettung des Lebens der Frau beschränkt. Die Einstellung wurde nicht nur durch Wörter wie „empfangenes Leben“, „Ermordung“ statt „Fötus“ und „Abtreibung“ beeinflusst, die im öffentlichen Raum wiederholt werden, sondern auch durch die Aktivitäten von Abtreibungsgegnern, ihre öffentliche Präsenz, insbesondere vor Krankenhäusern, die Ärzte einschüchtern, oder die Angst davor, wie die Staatsanwaltschaft Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern behandeln wird - als Rettung der Frau oder als Verstoß gegen das Gesetz. Die Abtreibung wird nicht mehr als moralische Entscheidung betrachtet, sondern als vereitelte Schwangerschaft, die geschützt werden muss. Selbst wenn es darum geht, sie vor der Trägerin dieser Schwangerschaft, d. h. der Frau, zu schützen.

So haben Frauen in Polen das Recht auf sich selbst verloren, nur weil sie schwanger sind oder abgetrieben haben. Der Verlust dieser Autonomie ist in keinem Gesetzbuch verankert. Es ist ein Verlust, der durch Angst oder durch die innere Überzeugung anderer, die das Leben oder die Freiheit einer Frau in ihre Hände genommen haben, gerechtfertigt wird.

Dies zeigt die Situation, in der die Polizeibeamten das Telefon und den Laptop von Frau Joanna forderten. In Polen muss eine Bürgerin der Polizei ihre Sachen nicht zur Verfügung stellen, es sei denn, das Leben oder das Eigentum von jemandem ist in einer bestimmten Situation in Gefahr, sie muss sie nicht einmal in ihre Wohnung lassen. Die Polizeibeamten, die Frau Joanna ihre Sachen weggenommen haben, taten so, als ob dies durch ihre abgebrochene Schwangerschaft gerechtfertigt wäre. Durch ihre Schwangerschaft wurden ihr also einige ihrer grundlegenden Bürgerrechte vorenthalten, wenn auch nicht in den gesetzlichen Bestimmungen.

Der Staat fördert Diskriminierung

Die zweite Frage ist, auf welcher Grundlage sich die Polizei solche Befugnisse eingeräumt hat. Die Beamten müssen wissen, dass dies von ihnen erwartet wird und dass sie dafür nicht bestraft, sondern

anerkannt werden. Vielleicht haben Ärzte auf derselben Grundlage mehr Angst vor den Konsequenzen, die sie für einen Schwangerschaftsabbruch zu tragen haben als für den Tod einer Patientin.

Die Akzeptanz der Diskriminierung von Frauen in Verbindung mit der Angst vor unklaren Verhaltensregeln führt dazu, dass dort, wo das Gesetz greifen sollte, Willkür herrscht. Und wenn das Gesetz der Willkür weicht, bedeutet dies, dass wir nicht in einem Rechtsstaat, sondern in einem Polizeistaat leben.

Vielleicht ist das der Grund, warum dieser Fall immer uns immer noch berührt. Eine selektiv repressive Polizei, Ärzte, die aus Angst vor Strafverfolgung auf Kosten des Lebens und der Gesundheit der Patientinnen handeln, spielen mit unserer Vorstellungskraft, dass jedem von uns etwas Ähnliches passieren könnte.

Ebenso wichtig ist jedoch die Tatsache, dass eine private Angelegenheit im PiS-Staat zu öffentlichem Eigentum wird, mit dem Recht eines anderen, in die individuelle Freiheit einzugreifen.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2023/07/27/skrzydowska-kalukin-kobiety-nie-sa-obywatelkami-w-panstwie-pis-u/>

Wir enthüllen die wahren „Fünf der *Konfederacja*“. Was hassen die Kandidaten der extremen Rechten?



Quelle: oko.press

Hass auf Impfstoffe, LGBT, Brüssel, die Ukraine und die USA. Das sind die wahren „Fünf der Konfederacja“, die ständig aktuell sind. Das geht nicht aus den glatten Worten der Anführer hervor, sondern aus den Ansichten der offiziell vorgestellten Parlamentskandidaten. Wir haben ihre Einträge und Erklärungen überprüft, die online verfügbar sind.

Von **Anna Mierzyńska**

Die Verantwortlichen der *Konfederacja* können es vermeiden, strittige Fragen der Weltanschauung zu erörtern, Grzegorz Braun zu disziplinieren und so zu tun, als ginge es der gesamten Gruppierung nur um die Steuersenkungen in Polen. Sie können erklären, dass die neuen „Fünf der *Konfederacja*“ (d. h. die Kurzfassung des Programms) lauten: „Haus, Grill, Gras, zwei Autos und Ferien“.

Man muss sich jedoch nur die Kandidaten ansehen, welche die *Konfederacja* auf den ersten drei Plätzen der Wahllisten aufgestellt hat, um zu erkennen, dass ein solches Bild falsch ist.

Zu den Kandidaten der Konföderation für den Sejm gehören:

- Anti-Impfgegner,
- Radikale Gegner von LGBT+-Rechten,

- Coronavirus-Pandemie-Leugner,
- Menschen mit anti-ukrainischen, anti-amerikanischen und anti-europäischen Ansichten,
- Aktivisten, die Verschwörungstheorien und Desinformationen verbreiten,
- Personen mit Verurteilungen oder strafrechtlichen Anklagen.

Eine der Kandidatinnen der *Konfederacja*, Magdalena Sosnowska, wurde bereits auf Twitter von Anhängern der *Konfederacja* angefeindet, weil sie herausgefunden hatten, dass die Frau sich impfen ließ. Was sie jedoch nicht stört, ist, dass Sosnowska am Wochenende mit ihrer Familie auf den Schießstand geht, wo nicht nur sie und ihr Mann, sondern auch ihre Tochter im Teenageralter schießt.

Team der *Konfederacja*?

Ganz oben auf der Liste stehen Brauns soziale Mitarbeiter, die seine umstrittensten Projekte im Zusammenhang mit der Leugnung der Coronavirus-Pandemie leiten. Einer von ihnen ist Piotr Heszen, Chefredakteur der Nürnberger Notizbücher des Projekts Nürnberg 2.0.

Heszen will das „Plasma der Polen“ schützen, weil es sonst eine „selektive Waffe“ mit „polnischer DNA“ geben könnte. Er behauptet auch, dass wir 1920 einen „polnisch-jüdischen Krieg“ hatten.

Der Listenführer in Częstochowa, Tomasz Grzegorz Stala, leitet den rechtsgerichteten Verlag 3Dom. Er hat gerade das Manifest des Unabombers, des amerikanischen Terroristen, veröffentlicht. Und die Nummer eins auf der Liste im Bezirk Krosno ist Andrzej Zapałowski, der für seine radikalen anti-ukrainischen Äußerungen bekannt ist.

Hinzu kommt Jakub Banaś, der dem Opus Dei nahestehende Sohn des Präsidenten des Oberster Rechnungshofs. Er soll auf dem zweiten Platz in Warschau kandidieren. Gegen ihn hat die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Betruges erhoben (Banaś bekennt sich nicht schuldig). Hinzu kommt Przemysław Wipler, ein PR-Mann, ehemaliger Abgeordneter der PiS und der ehemalige stellvertretende Vorsitzender der Partei KORWiN (jetzt Nowa Nadzieja - Neue Hoffnung). Im Jahr 2016 wurde er wegen Beleidigung und Verletzung der körperlichen Unversehrtheit von Polizeibeamten verurteilt. Im Jahr 2017 zog er sich aus der Politik zurück. Doch gerade jetzt feiert er ein Comeback.

In diesem Zusammenhang scheint die Tatsache, dass die Führer der Gruppe ihre Familienmitglieder auf den Listen an hoher Stelle platziert haben, von geringerer Bedeutung zu sein. Obwohl dies sicherlich ein Zeichen von Vetternwirtschaft ist.

Bosaks Frau und der Familientrend

Bislang hat die extreme Rechte die Namen der Kandidaten auf den ersten drei Listenplätzen in 34 Bezirken sowie den Listenführer in Toruń und den Zweitplatzierten in Siedlce bekannt gegeben. Das ist ein sehr männlicher Haufen.

Von 104 Personen sind nur elf Frauen, das sind weniger als 10 Prozent.

Unter ihnen befindet sich die Abgeordnete Anna Maria Siarkowska, die früher der *Suwerenna Polska* angehörte und jetzt zur *Konfederacja* gewechselt ist. Siarkowska gründete die parlamentarische Gruppe für sanitäre Einrichtungen im Sejm und war gegen die „sanitäre Segregation“. Sie behauptete, dass die Lockdowns unnötig seien, und stellte die Sicherheit von Impfstoffen gegen das Coronavirus infrage.

Karina Bosak, die Ehefrau von Krzysztof Bosak, dem Vorsitzenden von *Ruch Narodowy* (der Partei, die zur *Konfederacja* gehört), gehört ebenfalls zu der kleinen Gruppe von Kandidaten. Sie kandidiert auf dem zweiten Platz im Wahlkreis in der Nähe von Warschau. Bosak selbst eröffnet die Liste der *Konfederacja* im Wahlkreis Podlasie (früher zog Robert Winnicki aus diesem Wahlkreis in den Sejm ein).

Bosaks Frau ist ein gutes Beispiel für den Familientrend, der bei der Wahl von Spitzenkandidaten der extremen Rechten bei den Parlamentswahlen beliebt ist. Denn die Unterstützung durch die Familien ist noch nicht zu Ende. Im Wahlkreis Krosno kandidiert Adam Berkowicz, der Vater des Abgeordneten Konrad Berkowicz, auf dem zweiten Platz. Die Liste im Wahlkreis Lublin hingegen wird von Bartłomiej Pejo, dem Schwiegersohn von Janusz Korwin-Mikke, eröffnet.

Bruder zurückgetreten, Wipler wird kandidieren

Der Vorsitzende in Toruń sollte der Bruder von Slawomir Mentzen Tomasz Mentzen sein, der Vorsitzende der *Nowa Nadzieja* (einer Partei, die Teil der *Konfederacja* ist, früher KORWiN) . Aber - wie er erklärte - „er ist aus persönlichen Gründen zurückgetreten“. Zu diesen Gründen gehörte wahrscheinlich die Tatsache, dass er einer der „Helden“ einer seit mehreren Jahren laufenden Untersuchung ist. Es geht um illegales Glücksspiel und Kryptowährungen. Tomasz Mentzen sollte im Dezember 2022 im Rahmen dieser Untersuchung angeklagt werden. Entgegen früheren Plänen wird er also nicht zur Wahl antreten.

Aber es ist bereits bekannt, wer ihn ersetzen wird. Der einzige Vorsitzende des Bundes in Toruń wird Przemysław Wipler sein. Er ist heute Inhaber einer PR-Firma, war früher Abgeordneter der PiS und ehemaliger Vizepräsident der Partei KORWiN (jetzt *Nowa Nadzieja*). Inoffiziell wird Wipler nachgesagt, dass er die Ablösung des Vorsitzenden der KORWiN-Partei - von Janusz Korwin-Mikke durch Slawomir Mentzen - veranlasst hat.

Wipler zog sich 2017 aus der Politik zurück, nachdem er wegen Beleidigung und Verletzung der körperlichen Unversehrtheit von Polizeibeamten verurteilt worden war. Es ging um eine Schlägerei vor einem der Warschauer Clubs. Wipler wurde in eine Ausnüchterungszelle gebracht, erst dort stellte sich heraus, dass er Abgeordneter war (damals von der PiS). Aber seine politische Karriere begann schon viel früher. Bereits 2006, im Alter von 28 Jahren, war er Chefberater des stellvertretenden Wirtschaftsministers Piotr Naimski, der für die Energiesicherheit Polens zuständig war.

[...]

Jakub Banaś, Sohn von Marian

Es wird erwartet, dass Jakub Banaś, der Sohn von Marian Banaś, dem Präsidenten der Obersten Kontrollkammer (der mit PiS verbunden ist, obwohl er sich kürzlich mit der Partei zerstritten hat), ebenfalls für die *Konfederacja* kandidiert. Die Verantwortlichen der *Konfederacja* stört es nicht, dass die Staatsanwaltschaft Banaś im Juli 2021 wegen Erpressung von Geldern für die Renovierung von Immobilien und der Mehrwertsteuer angeklagt hat. Jakub Banaś gibt seine Schuld nicht zu, und sein Vater, der Präsident des Obersten Rechnungshofes, behauptet, der Fall sei politisch motiviert.

[...]

Kandidat veröffentlicht Unabomber-Manifest

Es sind jedoch nicht die familiären Fragen, die am meisten umstritten sind, sondern die früheren Aktivitäten einiger Kandidaten, auch solcher, die in der Öffentlichkeit weniger bekannt sind.

Im Bezirk Częstochowa wurde Tomasz Grzegorz Stala Listenführer. Er ist Inhaber des Verlags 3Dom. Auf FB stellt er sich als „Unternehmer - Politiker - Comedian“ vor. Und er fügt hinzu: „In einem Sarg sieht man ernst aus“. In der Tat, er lächelt auf dem Foto.

Aber wenn wir uns die Bücher ansehen, die sein Unternehmen veröffentlicht, wird es weniger komisch. Zu den Neuerscheinungen gehört Ted Kaczynskis „Manifest Unabombers“.

Das von Ted Kaczynski, dem amerikanischen Terroristen, der jahrelang in den USA Bomben in Holzkisten an seine Opfer verschickte. Drei Menschen wurden durch seine Bomben getötet und neunundzwanzig verletzt. Kaczynski wurde im Juni 2023 tot in seiner Zelle aufgefunden. Sein Manifest auf der Website von 3DOM Publishing wird bereits als Bestseller bezeichnet.

Dort finden Sie auch das Buch „Ich klage das Konzil an!“ von Marcel Lefebvre, einem französischen katholischen Bischof, der mit den von den Päpsten eingeführten Reformen nicht einverstanden war. [...]

Lenga, Braun und Mentzen

Zu den meistverkauften Büchern von 3Dom Publishing gehören jene, die beweisen, dass es keine Coronavirus-Pandemie gab, sondern nur eine Verschwörung der Elite gegen die Menschheit. Es gibt auch

„Bergoglios Sekte. Die notwendige katholische Gegenrevolution“, geschrieben von Erzbischof John Paul Lenga. Er ist ein pensionierter katholischer Geistlicher, der viele Jahre in Kasachstan gearbeitet hat. [...]

Anti-ukrainisches Ratsmitglied

Die Liste im Bezirk Krosno wird jedoch von Andrzej Zapałowski eröffnet. Er ist ehemaliger Parlamentsabgeordneter und Mitglied des Europäischen Parlaments, Ratsmitglied in Przemyśl und Hochschullehrer an der Universität Rzeszów. Er ist seit Jahren für seine radikal anti-ukrainischen Ansichten bekannt.

Wie Przemyslaw Witkowski 2019 auf OKO.press beschrieb, hält Zapalowski „die Operation Weichsel (d.h. die von den Behörden der Volksrepublik Polen in den Jahren 1947-1950 durchgeführten anti-ukrainischen ethnischen Säuberungen) für gerechtfertigt“. [...]

Er fordert den Bau eines 3 Meter hohen und 500 km langen Zauns an der polnisch-ukrainischen Grenze. Er ist auch der Meinung, dass die Grenzbeamten bei der Bewachung der polnisch-ukrainischen Grenze von ‚Bürgerpatrouillen‘ unterstützt werden sollten und dass illegale Grenzübertritte von ‚strengeren Gesetzen‘ begleitet werden sollten.

[...]

Vom Zeichen der „Maske und Spritze“

Nummer 3 auf der Liste im Bezirk Świętokrzyskie ist wiederum Piotr Heszen. Er ist ein Mitarbeiter des Abgeordneten Grzegorz Braun, dem Chefredakteur der „Nürnberger Notizbücher“, die im Rahmen des Projekts „Nürnberg 2.0“ veröffentlicht werden und die „Beweise für die Verbrechen des Covidianismus“ (auch bekannt als „Völkermord“) sammeln. Damit befasst sich die „Parlamentarische Untersuchungskommission“, offiziell das Parlamentarische Gremium für Betrug und Missbrauch im Zusammenhang mit Covid-19, unter dem Vorsitz von Grzegorz Braun.

Die erste Ausgabe der Nürnberger Notizbücher bot juristische Argumente „für alle, die die Verbrecher unter der ‚Maske und der Spritze‘ vor Gericht bringen wollen“. Weiter hieß es, dass „der Name Nürnberger Notizbücher bewusst auf die Auschwitz-Notizbücher anspielt, weil sowohl das Ausmaß der Verbrechen, das trotz der Ermessensbeschränkung zunahm, als auch die Verachtung des Menschen als Ebenbild Gottes, die die Vollstrecker der ‚Covid-Politik‘ – dazu berechtigen“.

Heszen macht aber nicht nur als Chefredakteur der Nürnberger Notizbücher auf sich aufmerksam. Auf seinem Facebook-Profil können Sie auch seine anderen Ansichten lesen.

Auf einer Pressekonferenz im Sejm im Juni 2023 behauptete er, dass 1920 ein „polnisch-jüdischer Krieg“ stattgefunden habe.

Er argumentierte auch: „Wir haben keine polnische Wirtschaft, wir sind Söldner von Ausländern. Dann wurden wir mit kriminellem Sanitarismus behandelt, mit dem Tod von über 200.000 Menschen (...), und jetzt wird uns ein Krieg geschenkt, nicht unser Krieg. Wir wollen diesen Krieg nicht, nieder mit dem Globalismus, nieder mit dem primitiven Amerikanismus!“.

Wird polnisches Plasma gegen Außenstehende verteidigen.

Am 27. März argumentierte Heszen, dass es notwendig sei, ... polnisches Plasma, das von ehrenamtlichen Blutspendern gespendet wird, zu verteidigen, und polterte, dass die Regierung polnisches Plasma an „ausländische Zentren“ verkaufe. Das ist seiner Meinung nach gefährlich, denn „das Plasma kann die DNA von Polen enthalten! Von dort ist es nur noch ein Schritt zur Verwendung in selektiven Waffen. (...) Wir geben auch ein Versprechen: Wenn wir die Regierung beeinflussen können, werden wir eine polnische Plasmaverarbeitungsanlage bauen - unter strenger Kontrolle des polnischen Staates“.

Einen Monat zuvor hatte er versichert, dass die *Konfederacja*, sobald sie in Polen an der Macht sei, ein „Anti-Befreiungs“-Gesetz einführen werde, d. h. ... ein Gesetz über das Recht jedes Polen, eine Waffe zu besitzen. „Es wird keinen anderen einigermaßen absehbaren Weg zur Befreiung geben“, schrieb Heszen.

Ein weiterer enger Verbündeter von Grzegorz Braun ist Adam Kania, der die polnische Veto-Stiftung leitet. Er plant, auf Platz 3 im Bezirk Bielsko zu kandidieren. Während Piotr Heszen die Nürnberger Notizbücher redigiert, ist Kania ihr Herausgeber. Formal ist es seine Stiftung, die das Projekt Nürnberg 2.0 betreibt. Auf der Fanpage der Organisation erfährt man, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO) „diktatorische Neigungen“ hat und dass in der Welt eine „WHO-Diktatur“ im Entstehen ist.

[...]

Zsfg.: JP

<https://oko.press/prawdziwa-piatka-konfederacji>

Venedig-Kommission zu Lex Tusk: Das Gesetz sollte komplett abgeschafft werden. Es bedroht die Demokratie



Quelle: [oko.press](https://www.oko.press)

Die Venedig-Kommission empfiehlt den polnischen Behörden, Lex-Tusk so schnell wie möglich zurückzuziehen. Sie ist der Ansicht, dass das Gesetz den demokratischen Prozess bedroht und sich negativ auf den Wahlprozess auswirken könnte. Die Schlussabstimmung im Sejm über das Gesetz ist für Freitag, den 28. Juli, vorgesehen.

Von **Anna Wójcik**

Die Venedig-Kommission, ein beratendes Gremium des Europarats, hat eine dringende Stellungnahme zu Lex-Tusk, dem Gesetz über die Staatliche Kommission zur Untersuchung russischer Einflüsse auf die innere Sicherheit der Republik Polen für den Zeitraum 2007 bis 2022, abgegeben. Sie kommt zu dem Schluss, dass das Gesetz in seiner Gesamtheit aufgehoben werden sollte und dass seine Mängel nicht durch einen Änderungsentwurf beseitigt werden können.

Die Kommission ist besonders besorgt über den zu weiten Geltungsbereich des Gesetzes und die Tatsache, dass es vor den anstehenden Wahlen verabschiedet wurde. Nach Ansicht der Venedig-Kommission können solche Gesetze leicht zu einem Instrument in den Händen der Mehrheit werden, um politische Gegner auszuschalten. Die Venedig-Kommission ist der Auffassung, dass der im Gesetz verfolgte Ansatz zur Bekämpfung unzulässiger ausländischer Einflussnahme dem Zweck nicht gerecht wird.

Sie weist darauf hin, dass der neue Mechanismus, der durch das Gesetz über die staatliche Kommission eingeführt wurde, nicht gerechtfertigt ist, da er außergewöhnlich, invasiv, rückwirkend und nicht gerichtlich ist.

Präsident unterschreibt, ist aber nicht zufrieden

Am 29. Mai unterzeichnete Präsident Andrzej Duda Lex-Tusk und verwies das Gesetz im so genannten Folgeverfahren an das Verfassungsgericht.

Am 2. Juni legte Präsident Duda seine Änderungsanträge zu dem Gesetz vor. Das Gesetz ist Gegenstand eines von der Europäischen Kommission eingeleiteten Verfahrens gegen Verstöße gegen das EU-Recht. Das ursprüngliche Gesetz - Lex-Tusk - wurde von der PiS nicht umgesetzt und die Kommission wurde nicht ernannt, obwohl das neue Gesetz in Kraft ist. Es wartet auf die Verabschiedung der Änderungsanträge des Präsidenten, der Lex Tusk 2.0.. Und das könnte morgen, am 28. Juli, geschehen.

Im Zuge der Ausarbeitung dieser Stellungnahme sprachen Vertreter der Venedig-Kommission mit:

- Vertreter der Zivilgesellschaft,
- Ombudsmann,
- Vertreter des Büros für Analyse und Forschung des Obersten Gerichtshofs,
- Oberstes Verwaltungsgericht,
- Oberste Anwaltskammer
- Eine Mehrheit im Senat.

Die Venedig-Kommission bot ein Treffen mit Vertretern des Sejms, der Minderheit im Senat und der Präsidialverwaltung an. Wie in der Stellungnahme erläutert wird, waren diese Gesprächspartner jedoch nicht für solche Treffen verfügbar.

PiS erkennt die Venedig-Kommission an, macht sie aber lächerlich

Unmittelbar nach ihrer Machtübernahme im Jahr 2015 beschloss die Regierung der PiS, die Stellungnahme der Venedig-Kommission zu nutzen - in der Hoffnung, dass diese ihr helfen würde, das Problem mit den rechtswidrigen Änderungen am Verfassungsgericht zu lösen. Die Juristen der Kommission erwiesen sich jedoch als gut vorbereitet und wiesen schonungslos auf die Fehler im PiS-Gesetz hin.

Seitdem hat die Regierung der Vereinigten Rechten versucht, die Venedig-Kommission zu ignorieren und zu desavouieren. Sie wurde von Justizminister Zbigniew Ziobro und dem stellvertretenden Justizminister Marcin Warchoł verhöhnt.

Die Außenminister Jacek Czaputowicz und Witold Waszczykowski lehnten die Venedig-Kommission ab. Czaputowicz sagte, ihre Autorität sei „nicht hoch“. Waszczykowski beschuldigte die Venedig-Kommission, parteiisch zu sein und „die Position von Andrzej Rzepliński von der ‚Gazeta Wyborcza‘“ zu vertreten.

[...]

Lex-Tusk: zu breiter Anwendungsbereich des Gesetzes

Die Venedig-Kommission, die die Lex-Tusk geprüft hat, ist besonders besorgt über den zu weiten Anwendungsbereich des Gesetzes und die Tatsache, dass die Grundbegriffe des Gesetzes zu vage formuliert sind. Dies bedeutet, dass die Staatskommission - die aufgrund der Art der Ernennung ihrer Mitglieder und ihrer Arbeitsweise einem politisch motivierten Gremium ähnelt - bei der Anwendung des Gesetzes über einen praktisch unbegrenzten Ermessensspielraum verfügt.

Aufgrund dieser Mängel bietet das Gesetz keine Garantien gegen politisches Fehlverhalten und kann den Wahlprozess beeinträchtigen.

[...]

Lex-Tusk: Kontext der Wahlen

Die Venedig-Kommission ist auch besonders besorgt über die Verabschiedung des Gesetzes wenige Monate vor den Parlamentswahlen.

[...]

Nach Ansicht der Venedig-Kommission könnte dies leicht zu einem Instrument in den Händen der herrschenden Mehrheit werden, um politische Gegner auszuschalten.

Lex-Tusk. Eine Bedrohung für den demokratischen Prozess

Die Venedig-Kommission warnt davor, dass es äußerst gefährlich ist, eine Kommission einzurichten, in der ein „Beschuldigter“ von einem Verwaltungsorgan aus vage definierten Gründen öffentlich befragt wird.

Denn er kann leicht dazu verwendet werden, politische Gegner (oder allgemeiner: Menschen, die aus irgendeinem Grund unbeliebt sind) als „Staatsfeinde“ zu beschuldigen.

Dies kann zu einer Aushöhlung des demokratischen Prozesses führen, den Pluralismus in der politischen Landschaft verringern und ein allgemeines Misstrauen in der Öffentlichkeit schüren.

Eine Entscheidung der staatlichen Kommission, in der festgestellt wird, dass die Handlungen einer Person „von Russland beeinflusst“ waren, hat zwangsläufig *de facto* erhebliche Folgen für die (berufliche) Laufbahn der betreffenden Person oder die geschäftlichen Aktionen des Unternehmens.

Dies ist umso problematischer, als die staatliche Kommission ihre Bewertung auf vertrauliche Informationen stützen kann, selbst wenn diese „streng geheim“ sind (zu denen sie uneingeschränkter Zugang hat), ohne die Quelle offenlegen zu müssen.

Lex-Tusk: Gesetzentwurf für die Tonne

Die Venedig-Kommission ist der Meinung, dass das Gesetz in seiner Gesamtheit aufgehoben werden sollte. Sie fügt hinzu, dass die vorgeschlagene Änderung des Gesetzes dessen grundlegende Mängel nicht beseitigen kann.

In Anbetracht all dieser Bemerkungen empfiehlt die Venedig-Kommission den polnischen Behörden, das Gesetz so bald wie möglich zurückzuziehen. Nur so können negative Auswirkungen auf den Wahlprozess im Zusammenhang mit den bevorstehenden Parlamentswahlen verhindert werden.

Anm. d. Ü.: Die Änderung des Gesetzes wurde am Freitagabend verabschiedet.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/komisja-wenecka-lex-tusk-do-kosza>

Lässt Kaczyński seine Muskeln spielen? Nein, sein Angriff auf Tusk ist ein Zeichen von Schwäche



Quelle: wyborcza.pl

Von **Anna S. Dębowska**

Ja, ich bin empört, dass Jaroslaw Kaczynski Donald Tusk als „Feind der Nation“ bezeichnete, ihn nach Deutschland schickte und die [rote] Haarfarbe des PO-Vorsitzenden mit einer Bedrohung für Polen in Verbindung brachte. Aber ich höre auch die Stimme, mit der der Vorsitzende der PiS sprach. Und es war die Stimme eines stotternden alten Mannes, der mit dem Rest seiner Kräfte kämpft.

Jarosław Kaczyński war schon immer stark mit Worten. Aus der ersten Zeit der der PiS-Regierung erinnern wir uns an seine Pressekonferenzen, als er und sein Bruder Lech in den Fußstapfen der ersten Sekretäre der Kommunistischen Partei versuchten, die Realität mit Worten zu kontrollieren.

Im Jahr 2015 hörte dies auf, wie ein Schluckauf nach Gomułka und Gierek zu klingen. Kaczynski entfesselte daraufhin eine Hasskampagne gegen Flüchtlinge, die „alle möglichen Parasiten und Protozoen“ zu uns bringen. Damals ist ihm der Hitler aufgestoßen.

Es ist also klar, dass seine Worte nicht ignoriert werden können, aber wir sollten bedenken, dass sie damals auf fruchtbaren Boden fielen. Und heute? Obwohl ich mich nicht täglich mit der „harten“ Politik in der „Wyborcza“ beschäftige, denke ich, dass sein schändlicher Angriff auf den Oppositionsführer am Sonntag ein anderer Fall ist.

Kaczynski: Rothaariger Tusk ist der Feind der Nation

Denn es gibt ein anderes Sprichwort, ein altes polnisches: „Der Ertrinkende greift nach dem Rasiermesser“. „Donald Tusk ist der wahre Feind unserer Nation“, sagte Kaczyński bei einem „Picknick“ vor den Wahlen in Stawiska. Man kann sich vor Empörung schütteln - der Präsident zeigte mit dem Finger auf den Feind und forderte die Polen auf, ihn zu lynchen.

Lässt er seine Muskeln spielen? Nein, das ist ein Zeichen von Schwäche. Er sprach mit verkrampfter Kehle, zeitweise im Falsett, mit der Stimme eines Mannes, der um den Rest seiner Kräfte ringt, mit der Stimme eines alten Mannes, der in der Rage ist.

„Soll er doch in sein Deutschland gehen, soll er doch dort Schaden anrichten und nicht hier“. Es ist schließlich das so genannte Wunschdenken eines Menschen, den die Angst zum Äußersten treibt. Kaczynski, dessen dritte unabhängige Amtszeit ihm durch die Finger gleitet, würde Tusk gerne verschwinden lassen, aber Beschwörungen funktionieren nicht.

„Das ist deutscher Abfall. So wird Polen aussehen, wenn sie an die Macht kommen“. Für mich sind das Worte, die eines Vermieters würdig sind, der hysterisch auf die Beschwerden der Bewohner reagiert, dass das Haus nicht genutzt wird.

Und ich denke, das ist fortgeschrittene Selbstironie oder vielleicht sogar selbstgerechtes Ressentiment: [Tusk] „schlägt eine politische Sprache vor, die die Sprache der Ganovenhöhle ist, nicht die normale, kulturelle Sprache, die wir verwenden sollten“. Ja, wir sollten eine „normale, kulturelle“ Sprache verwenden. Es ist nur so, dass Kaczynski dazu nicht mehr in der Lage zu sein scheint - er ist von der Angst überwältigt. Er schließt mit weiteren Worten: „Denken Sie an diesen Rothaarigen, denken Sie daran, denn das ist heute die größte Bedrohung für Polen“. Es ist schon seit Langem bekannt, dass Jarosław Kaczyński einen Donald-Tusk-Komplex hat - er weiß, dass der Chef der Bürgerplattform ein Politiker von größerem Format ist, und er kann dies nicht akzeptieren, also wertet er in seiner Ohnmacht seinen politischen Gegner ab, macht ihn zum „Feind der Nation“ und aktiviert die Sprache der Verachtung und des Hasses.

Was wird als Nächstes passieren, wer wird der Nächste sein?

In den letzten acht Jahren hat der Vorsitzende der PiS die Grenzen der verbalen Aggression immer weiter ausgedehnt: „Parasiten“, „verräterische Fressen“, „junge Frauen, die saufen“. Jedes Mal scheint es, dass er nicht weiterkommt, denn ein Intelligenzler aus Żoliborz, ein ehemaliger Oppositioneller, kann schließlich nicht die gleiche Sprache sprechen wie die Neofaschisten.

Seine Nennung des „wahren Feindes unserer Nation“ und sein Appell an seine Anhänger, „sich an diesen Rothaarigen zu erinnern“, zeigen, dass er weitergeht. Selbst wenn Kaczynski dies sagt, weil er von Angst überwältigt ist, möchte man sich gar nicht vorstellen, was er sagen wird, wenn der Wahlkampf in vollem Gange ist.

Letztes Jahr die vergiftete Oder, jetzt die brennenden Giftmülldeponien. Seit einiger Zeit betrachte ich Polen wie einen Behälter mit vergorenem Kefir, der der Sonne ausgesetzt ist. Unter dem erhitzten Deckel sprudeln die giftigen Gase. Irgendwann werden sie explodieren und uns alle mit der stinkenden Flüssigkeit bespritzen. Jarosław Kaczyński ist bereits explodiert. Womit werden wir in naher Zukunft noch bespritzt werden?

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75410,30008911,kaczynski-prezy-muskuly-nie-jego-atak-na-tuska-to-przejaw.html#S.opinion-K.P-B.1-L.3.glowka>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [fakt.pl](#)

"Die größte Deponie der gefährlichen Abfälle befindet sich in der Nowogrodzka-Straße [die PiS-Zentrale]."

Zbigniew Holdys - polnischer Musiker, Dichter, Journalist, Grafiker und Drehbuchautor

Quelle:

<https://www.facebook.com/100001190308367/posts/pfbid029KnnC15RXdZLvAJDxacFy6AtDdeSVvpJnkBcFCsNrwyzmsc1gnaPmtwBNEwZZtBI/>

zdf.de

Kann sich das Oder-Fischsterben wiederholen?

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/fischsterben-oder-polen-jahrestag-100.html>

euroactiv.de

Polen will ukrainische Agrarimporte notfalls im Alleingang stoppen

<https://www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernahrung/interview/polen-will-ukrainische-agrarimporte-notfalls-im-alleingang-stoppen/>

tagesschau.de

Polen beschwert sich über deutsche Müllexporte

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-muellexporte-deutschland-100.html>

taz.de

Belarus droht Polen - Rhetorik der Angst

<https://taz.de/Belarus-droht-Polen!/5946241/>

diepresse.com

Visegrád-Gruppe droht Zerfall

<https://www.diepresse.com/13450237/visegrad-gruppe-droht-zerfall>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik